



Karneval soll stattfinden

Der Stolzenauer Karneval soll im Februar 2022 mit der 2-G-Regel stattfinden. **Seite 16**

LOKALES

Knut Hallmann in Ruhestand verabschiedet

Steimbkes Samtgemeindegemeindevorstand Knut Hallmann ist am Freitagabend feierlich in den Ruhestand verabschiedet worden. Der 61-Jährige war bei seiner Rede teils sichtlich bewegt. Nachfolger Torsten Deede hob dessen kommunikative Kompetenzen und Fokussierung auf eine Reihe von Themen hervor. **Seite 15**

LOKALSPORT

TuS Drakenburg siegt beim Derby gegen Inter Komata

In einem müden Derby in der Fußball-Bezirksliga hat sich der TuS Drakenburg schließlich mit 2:0 (0:0) gegen SV Inter Komata Nienburg durchgesetzt. Dosenöffner der ereignisarmen Partie war ein Freistoß von Konstantin Paczkowski in der 81. Minute, den er direkt verwandelte und somit den Auswärtsdreier einleitete. **Seite 22**

POLITIK

Lauterbach warnt vor Corona-Welle an Schulen

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach warnt vor steigenden Corona-Infektionszahlen bei Kindern. „Wir werden nach den Herbstferien deutlich mehr Ausbrüche in den Schulen erleben, weil die Kinder nicht mehr lange lüften können“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). **Seite 4**

PANORAMA

Offene Fragen nach Todesschuss am Filmset

Nachdem Filmstar Alec Baldwin versehentlich eine Kamerafrau mit einer Requisitenwaffe erschossen hat, sind die Hintergründe immer noch unklar. Während die Ermittlungen laufen, diskutieren in Hollywood nun manche das Streben nach immer mehr und immer billigeren Produktionen – und die Konsequenzen. **Seite 20**

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 10, 19, 22, 26, 28
Superzahl: 2
Spiel 77: 2 7 7 6 2 1 9
Super 6: 0 9 3 9 4 0

ohne Gewähr

WETTER



Blick in die Zeit	2	Lokalsport	21
Politik	4	Sport	9
Wirtschaft	7	Lokales	13
Welt im Spiegel	20	Familienanzeigen	24
Fernsehen	7	Rätsel	17

DIE HARKE

Medienhaus

Postanschrift: Postfach 1360, 31563 Nienburg
Vertrieb, Service: (0 50 21) 966 - 500
Redaktion: (0 50 21) 966 - 200
Privatanzeigen: (0 50 21) 966 - 555
Gewerbeanzeigen: (0 50 21) 966 - 444
Online-Geschäftsstelle: www.dieharke.de



4 194434 101757

Rehburg: Henniges ist pleite

Der Automobilzulieferer Henniges mit Hauptsitz in den USA hat für sein Werk in Rehburg einen Insolvenzplan beantragt und will den Standort schließen. Das dürfte den Abbau von hunderten Jobs bedeuten. Henniges begründet die Entscheidung mit den Folgen der Corona-Pandemie und dem weitverbreiteten Mangel von Halbleiter-Chips. **Seite 13**

FOTO: GRAUE



Umweltminister will Klimaziele bald verschärfen

Olaf Lies (SPD) hält niedersächsisches Gesetz von Ende 2020 schon nicht mehr für ausreichend. Kommt jetzt eine Photovoltaikpflicht?

Von Michael B. Berger

Hannover. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verabschieden, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligenter Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden.

Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim

gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angepasst werden.

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, das Niedersachsens bis 2050 klimaneutral sein soll.

Land soll forciert investieren

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Photovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch

„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies (SPD),
Umweltminister

als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht.

„Zeitablauf sehr ehrgeizig“

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitabläufen her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäumer. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste. Das sei noch nicht geschehen. „Dann werden wir uns das anschauen“, sagte Bäumer.

Ein Do-it-yourself-Haus im Problemviertel

Bremerhaven versucht sich an Projekt zur Stadtentwicklung – und setzt auf Engagement

Von Janet Binder

Bremerhaven. Nach niederländischem Vorbild hat die Stadt Bremerhaven im Problemviertel Goethequartier ein neues Projekt zur Stadtentwicklung initiiert: Aus einer ehemaligen Schrottimobilie wird derzeit ein Klushuizen, ein Do-it-yourself-Haus. Die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog hat das Gebäude aus der Gründerzeit gekauft und die äußere Hülle saniert.

Nun bietet sie die acht entkernten Wohnungen Menschen preisgünstig an, die Geld für den Ausbau mitbringen und sich im Viertel engagieren wollen. Wän-



Die Wohnungen in dem Gründerzeithaus sind entkernt, der weitere Innenausbau ist nun Sache der Käufer. **FOTO: SINA SCHULDT/DPA**

de müssen gesetzt, Wasser- und Stromleitungen verlegt, Heizkörper, Bad und Küche installiert werden. „Es geht uns nicht um

Rendite, sondern um Quartiersentwicklung“, erklärt Markus Wickmann von der Stäwog.

Im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe lebt jedes zweite Kind in Armut, jeder dritte Erwerbsfähige ist hier arbeitslos, die Anzahl der verwahrlosten Immobilien ist hoch – dazu gehörte auch das von der Stäwog auf den Namen „Louis“ getaufte Mehrfamilienhaus. Kaufinteressenten für die bis zu 66 Quadratmeter großen Wohnungen im Klushuizen-Projekt können sich noch bis zum 31. Oktober bewerben.

„Uns ist wichtig, dass da Menschen einziehen, die hier leben und sich engagieren möchten“,

sagt Stäwog-Mitarbeiterin Sabine Septinus. In Rotterdam startete das Klushuizen-Projekt 2004 als Experiment, um Menschen aus höheren sozialen Schichten in einem Problemviertel anzusiedeln. Das Konzept etablierte sich in anderen niederländischen Städten – und schwappt nun über nach Deutschland.

In Gelsenkirchen etwa wurden auch schon ähnliche Modellprojekte angeschoben, ein Klushuizen könnte folgen. „Man muss nur aufpassen, dass man die neuen Bewohner nicht überfordert mit dem Ausbau“, meint Helga Sander, die Geschäftsführerin der dortigen Stadterneuerungsgesellschaft.

Erdogan droht Botschaftern

Istanbul/Berlin. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der androhten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion.

Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte schon 2019 seine Freilassung angeordnet hatte. Kavala wird unter anderem beschuldigt, die regierungskritischen Gezi-Proteste in Istanbul 2013 unterstützt und einen Umsturzversuch angezettelt zu haben. **Seite 4**

Impfdebatte um Fußballer Kimmich

München. Der deutsche Nationalspieler Joshua Kimmich vom FC Bayern München hat mit Aussagen zum Impfverzicht eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Debatte weitet sich angesichts einer gesellschaftlichen Vorbildfunktion Kimmichs über den Fußball hinaus aus. Er habe „persönlich noch ein paar Bedenken, gerade, was fehlende Langzeitstudien angeht“, sagte Kimmich nach dem 4:0-Sieg gegen Hoffenheim. Im TV-Sender Sky distanzierte sich der 26-Jährige von Gruppen der Corona-Leugner oder Impfgegner. Aber es gebe eben auch Menschen, die aus verschiedenen Gründen Bedenken hätten. **Seite 9**